



Makho Njobe und der ANC

Kämpferin, Kritikerin – Thembi Wolfram über ihre südafrikanische Großmutter. **Seite 3**

Foto: Thembi Wolfram

Praxen ohne Ärzte

Viele Mediziner fürchten den Schritt in die Selbstständigkeit. **Seite 17**

Mensch und Erde haben Fieber

Zivilisation am Scheideweg – Al Gore, einstiger Vizepräsident der USA, zeigt in seinem Buch »Die Zukunft«, die uns blühen könnte. **Seite 13**

Foto: Reuters/Stephen Lam

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Mittwoch, 21. Mai 2014

69. Jahrgang/Nr. 117

Berlinausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT Blockaden

Uwe Kalbe über die verquere Rechts-Links-Behördenlogik

Wie an anderer Stelle dieser Zeitung dieser Tage zu erfahren war, ist eine Sitzblockade zwar etwas anderes als eine Schreibblockade, zu semantischen Begegnungen kann es jedoch schon mal kommen. Nunmehr scheint es so, als gäbe es darüber hinaus regierungsamtliche Verknüpfungsversuche. Teilnehmer an Sitzblockaden gegen Nazis werden weiterhin als linke politische Straftäter geführt, und die im Mai bereits angekündigte Überarbeitung des »Themenfeldkatalogs«, der für diese absurde Bewertung verantwortlich ist, unterliegt vorerst einer Schreibblockade.

Vielleicht ist es keine Blockade, vielleicht war es nie vorgesehen, die Blockierer von Naziaufmärschen in ein anderes, gerechteres Licht zu rücken. Stattdessen teilt das Bundesinnenministerium mit, die Kriterien für die Bewertung rechtsextremistischer Straftaten würden überarbeitet.

Sie zu ändern, hier strengere, genauere Maßstäbe anzulegen, tut not. Die bisherigen Maßstäbe hatten bekanntlich dafür gesorgt, dass Nazis ihre Morde begehen konnten, ohne dass sie überhaupt in Verdacht gerieten. Die Kriterien sorgen noch immer dafür, dass Gewalttaten junger Neonazis milde als Randalen von Betrunknen abgetan werden. Klare Kante gegen Nazis, aber wer sich Nazis entgegenstellt, bleibt mit einem Linksextremismusverdacht belegt? Herbeigeführt wird damit eine regierungsamtliche Blockade solchen Widerstands, und man muss den Verdacht gewinnen, seine potenzielle Lähmung sei das Ziel. Wie ernst kann man dann das Behördenbekenntnis gegen rechte Straftäter nehmen?

UNTEN LINKS

Peer Steinbrück – Sie erinnern sich, das ist der, der eigentlich für die SPD das Kanzleramt zurückerobern wollte – ist **Großvater** geworden. Die »Bild«-Zeitung will herausgefunden haben, dass der 67-Jährige noch ein wenig mit der Anrede »Opa« fremdelt. Verständlich – ist ja auch nicht wirklich eine Karriere vom Kanzlerkandidaten zum Altvorderen. Auch wenn es altersmäßig durchaus passender scheint, dass er sich nunmehr aufs Singen von Wiegenliedern konzentriert – Steinbrück hätte der versammelten Regierung lieber noch für vier Jahre den Marsch geblasen. Aber denkste! Nicht nur, dass er die Wahl verweigerte und nun zusehen muss, wie seine Genossen ohne ihn dem Rhythmus der Kanzlerin folgen – auch die Europawahl am Wochenende findet ohne ihn statt. Dabei hätte er sich gerade da in seinem neuen Status durchaus Chancen ausrechnen können. Schließlich galt in früheren Zeiten in allen Parteien der Schlachtruf »Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa.« *oer*

Balkan befürchtet neue Flut

Schnelles Aufräumen soll vor Epidemien schützen / Wichtiges Kraftwerk bedroht



Im serbischen Krupanj kippten sogar Häuser ab.

Foto: dpa/Dragan Karadarevic

Belgrad. Die Gefahr in den Hochwassergebieten auf dem Balkan ist nicht gebannt. In Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien mussten erneut Tausende ihre Häuser verlassen. In Serbien wird eine neue Flutwelle erwartet, auch die Donau könnte über die Ufer treten. Dämme wurden mit Sandsäcken befestigt. Ausgelöst wurden die Überschwemmungen von heftigem Regen: In den drei Balkan-Ländern regnete es in drei Tagen so viel wie sonst im gesamten Monat Mai.

Rund um die serbische Hauptstadt Belgrad erhöhten freiwillige Helfer die Dämme bereits über eine Länge von zwölf Kilometern. Die Be-

festigungen hielten über Nacht, doch wurden neue Höchststände der Save erwartet. Bedroht waren neben Belgrad vor allem die serbischen Städte Sabac und Sremska Mitrovica sowie Orasje im Nachbarland Bosnien. Hunderte Erdbeben verursachten zusätzliche Zerstörungen.

Gleichzeitig begannen das große Aufräumen und die Desinfizierung. Nach Angaben der Behörden droht eine »Epidemie-Katastrophe«. Gegen sie stehe ein »harter Kampf« bevor, erklärte der bosnische Regierungschef Nermin Niksic. Experten warnen, dass die bei den Fluten umgekommenen Tiere wegen der

steigenden Temperaturen schneller verwesen als normal. Bosnien bat die internationale Gemeinschaft um die Lieferung mobiler Einäscherungseinheiten. »Um Seuchen zu verhindern, werden wir Tonnen von Tierkadavern entsorgen müssen«, warnte auch Serbiens Regierungschef Aleksandar Vucic. Dieben und Plünderern drohte er eine »harte Reaktion« an

Das Kraftwerk Nikola Tesla nahe der überschwemmten Stadt Obrenovac konnte bislang geschützt werden. Aus dem Wärmekraftwerk kommt die Hälfte des in Serbien produzierten Stroms. *Agenturen/nd Tagesthema Seite 2*

Milliardenprofit durch Zwangsarbeit

Internationale Arbeitsorganisation prangert Gewinn aus Sklaverei und sexueller Ausbeutung an

Sexuelle Ausbeutung und Zwangsarbeit sind auch im 21. Jahrhundert noch weit verbreitet. Das dokumentiert ein Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Von Martin Ling

»Ich hatte damals noch nicht gelernt, welches Maß an Unmenschlichkeit der Mensch dem Menschen antun kann und zu welchem grenzenlosen Ausmaß an Verderbtheit der Mensch für die Profitgier bereit ist.« Diese Worte Solomon Northups, Autor von »12 Years A Slave«, einem 1853 erschienenen Werk über den Freiheitskampf eines afroamerikanischen Sklaven, leiten die Schlussfolgerungen des Berichts »Profite und Armut« der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über die Zwangsarbeit im 21. Jahrhundert ein. Eben weil Northups Aussagen nach Auffassung der ILO-Autoren die aktuelle Lage treffend be-

schreiben. Nach Northups Vorlage schuf der Regisseur Steve McQueen den gleichnamigen, mit einem Oscar prämierten Film.

Vor den Schlussfolgerungen kommt auch bei der ILO die Bestandsaufnahme. Sie ist erschreckend. 21 Millionen Menschen weltweit werden zur Zwangsarbeit genötigt – darunter sind 5,5 Millionen Kinder. 150 Milliarden Dollar (110 Milliarden Euro) wirft das ebenso profitable wie schändliche Geschäft ab. Allein 99 Milliarden Dollar würden durch Zwangsprostitution erwirtschaftet, erklärte die UN-Sonderorganisation. Weitere neun Milliarden Dollar bringe Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft ein, hinzu kämen acht Milliarden aus Zwangsarbeit in privaten Haushalten. 34 Milliarden Dollar nähmen die Auftraggeber in anderen Wirtschaftszweigen wie der Baubranche, dem verarbeitenden Gewerbe und dem Bergbau ein.

90 Prozent aller Zwangsarbeiter werden in der Privatwirtschaft ausgebeutet. Dabei stehen Zwangsarbeit und Menschenhandel oft im Zusammenhang mit der

21 Millionen Menschen werden zur Zwangsarbeit genötigt – darunter sind 5,5 Millionen Kinder.

organisierten Kriminalität, wie die ILO erklärte. Nach den 2012 erhobenen Zahlen sind rund 55 Prozent der Betroffenen weiblich.

Viele Zwangsarbeiter erhalten überhaupt kein Geld. Sie würden zur Arbeit als Prostituierte gezwungen, seien Opfer von Menschenhandel oder würden wie Sklaven behandelt. Zwangsarbeit sei eine »böse, aber extrem profi-

Protest gegen Nazis soll »linke Straftat« bleiben

Bundesregierung kann keine Schwäche in der Statistik erkennen

Berlin. Die Bundesregierung will an ihrer umstrittenen Praxis zur Erfassung von so genannter politisch motivierter Kriminalität festhalten. Wie Innenstaatssekretär Günter Krings (CDU) gegenüber der Linksfraktion mitteilte, erfolge die Erfassung nach Ansicht der Regierung »objektiv nach verwirklichten Straftatbeständen«. Das Bundesinnenministerium kann auch »in der Erfassung strafrechtlich relevanter politisch motivierter Verstöße gegen das Versammlungsgesetz keine Schwäche der Statistik erkennen«, heißt es in der Antwort auf eine Anfrage. Der LINKE-Politiker Jan Kornte nannte es gegenüber der »Mitteldeutschen Zeitung« »unfassbar, dass hier der zivilgesellschaftliche Protest gegen Nazis mit rechten Gewalttaten in einen Topf geworfen wird. Das zu korrigieren wäre einfach nur anständig.«

Anfang Mai war bekannt geworden, dass der von den Behörden gemeldete massive Anstieg der Zahl so genannter politisch motivierter Straftaten von links im vergangenen Jahr um 40 Prozent zu einem beträchtlichen Teil auf »Verstöße gegen das Versammlungsgesetz« zurückgeht, wobei es sich vor allem um Sitzblockaden gegen Naziaufmärsche handelt. Eine Überarbeitung des Themenfeldkatalog für politisch motivierte Straftaten sei angewiesen worden, hieß es dabei. Dies steht nun wieder in Frage; eine Entscheidung müsste die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern treffen. *nd*

Thailands Militär ruft Kriegsrecht aus

Parteien zum Dialog aufgefordert

Bangkok. Das Militär hat in Thailand mit der überraschenden Verhängung des Kriegsrechts die politischen Karten neu gemischt. Nach monatelangen Tumulten und wachsender Gewalt auf Bangkoks Straßen schritt die Armee am Dienstag im Morgengrauen ein. Ein Militärputsch sei das aber nicht, betonte Armeeführer Prayuth Chan-ocha in einer Fernsehansprache. Das Militär kann unter dem Kriegsrecht unter anderem Ausgangssperren verhängen und Demonstrationen verbieten.

Das außerparlamentarische Bündnis Demokratisches Reformkomitee des Volkes (PDRC) versucht seit November, die Regierung durch Massendemonstrationen zu stürzen. Es wirft ihr Verschwendung und Korruption vor. Die Regierung wiederum ist sich der Mehrheit im Land sicher und besteht deshalb auf Wahlen. Prayuth kündigte an, beide Seiten zu Gesprächen zur Beendigung der Krise einzuladen. Die Ausrufung des Kriegsrechts sei nötig gewesen, weil im Zuge der Proteste »Kriegswaffen« eingesetzt worden seien. Die Armee wolle weitere Todesopfer verhindern. Mehr als 25 Menschen sind seit Beginn der Proteste im November umgekommen.

Der amtierende Regierungschef Niwatt-hamrong Boonsongpaisan rief die Armee auf, der Verfassung treu zu bleiben und Gewalt zu vermeiden. *dpa/nd Seite 7*

Lesen Sie heute im Ratgeber

BGH-Urteil zu Ratenkrediten: Geld zurück für Kreditnehmer – Bearbeitungsgebühren unzulässig

Die neue Pflegereform und die Folgen für die Versicherten

Irreführende Werbeslogans – wie die Gerichte urteilten

ISSN 0323-4940

